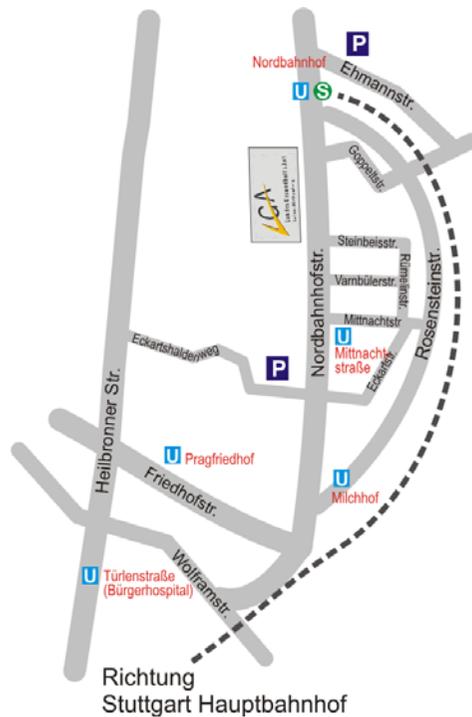


Lageplan



ab Hauptbahnhof Stuttgart
S-Bahnlinien S4, S5, S6 in Richtung
Bietigheim, Marbach oder Weil der Stadt
Haltestelle Nordbahnhof
oder
Stadtbahnlinie U12 Richtung Hallschlag
Haltestelle Nordbahnhof

Die Durchführung der Veranstaltung erfolgt in
Zusammenarbeit mit dem Ärzteverband Öffentlicher
Gesundheitsdienst Baden-Württemberg.

Organisatorisches

Anmeldungen

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um
Anmeldungen. Diese können online unter
www.gesundheitsamt-bw.de (Rubrik Veran-
staltungen > Öffentlicher Gesundheitsdienst
> Sonstige) erfolgen.

Anmeldungen mit der Angabe von Titel, Vor-
namen, Namen, Amt und Wohnort (für die
Fortbildungsbescheinigung der Landesärzte-
kammer) können Sie auch richten z. Hd. v.
Fr. Heder unter

E-Mail: fobi-referat96@rps.bwl.de

bis spätestens 08.07.2016

Kosten

Für die Teilnahme an der Veranstaltung wird
keine Gebühr erhoben.

Sponsorenunterstützung

Keine.

Ansprechpartner

Prof. Dr. M. Böhme

Michael.Boehme@rps.bwl.de

Veranstalter

Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg
im Regierungspräsidium Stuttgart
Nordbahnhofstr. 135 · 70191 Stuttgart
Tel. 0711-904-35000 · Fax 0711 904-35010
abteilung9@rps.bwl.de
www.gesundheitsamt-bw.de



Amtsärztliche Fortbildung

**im ausschließlich dienstlichen Interesse für
Mitarbeiter/-innen im ÖGD**

**Amtsärztliche Begutachtungen nach
dem neuen ÖGDG, zur Reisefähigkeit
und infektiöse Lebererkrankungen**

**Dienstag 12.07.2016
10.00 - 16.30 Uhr**

Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg
Nordbahnhofstr. 135, 70191 Stuttgart
Raum: Katharina von Württemberg, EG



Baden-Württemberg

Vorwort

Die diesjährige amtsärztliche Fortbildung wird sich mit den Themen von amtsärztlichen Gutachten in Abschiebungsverfahren, dem Stand der Umsetzung des neuen ÖGDG und aktuellen Entwicklungen der Behandlung der Hepatitis C befassen.

Am 1. Januar 2016 trat das neue Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) in Baden-Württemberg in Kraft. Dieses enthält auch zahlreiche neue Regelungen zur Frage von amtsärztlichen Bescheinigungen, Zeugnissen und Gutachten. So erfolgt z.B. die Durchführung der ärztlichen Untersuchung auf gesundheitliche Eignung zur Übernahme in ein Beamtenverhältnis ab 1. Juli 2016 durch niedergelassene oder andere approbierte Ärztinnen und Ärzte. Darüber hinaus ist ab 1. Januar 2017 die Durchführung zahlreicher amtsärztlicher Begutachtungen in medizinischen Gutachtenstellen zusammengefasst. Der aktuelle Umsetzungsstand hinsichtlich der amtsärztlichen Begutachtungen soll daher in einem Vortrag diskutiert werden.

Die chronischen Hepatitis B und C Infektionen gehören zu den wesentlichen Ursachen der Entstehung einer Leberzirrhose und Entwicklung eines Leberzellkarzinoms. Über viele Jahre standen zur Behandlung einer chronischen Hepatitis C Infektion im Wesentlichen nur interferonbasierte Therapieschemata zur Verfügung, die zahlreiche Kontraindikationen aufwiesen, sehr nebenwirkungsreich und nur mäßig erfolgreich waren. Durch direkt wirkende antivirale Medikamente wie Protease- und Polymeraseinhibitoren hat sich die Therapie in den letzten Jahren erheblich gewandelt, so dass jetzt eine gute Chance zur Ausheilung der Hepatitis-C-Infektion besteht. In einem Vortrag soll daher ein Überblick über das Krankheitsbild gegeben und insbesondere dann auch auf die aktuellen therapeutischen Möglichkeiten eingegangen werden. Eine besondere thematische Aktualität ergibt sich auch im Rahmen des derzeitigen Zustroms von Flüchtlingen, da die Hepatitis-C-Infektionsrate im Mittelmeerraum und insbesondere in einigen Ländern Afrikas deutlich über der in Deutschland liegt.

Die weiteren Vorträge befassen sich aus aktuellem Anlass des starken Flüchtlingszustroms mit Fragen der amtsärztlichen Begutachtungen in Abschiebungsverfahren, in denen zur Reisefähigkeit und/oder medizinisch notwendiger Voraussetzungen Stellung genommen werden soll und bei denen in nächster Zeit mit einer Zunahme an Aufträgen zu rechnen ist. Dabei soll auf die Begutachtung selbst insbesondere mit Beispielen aus der Praxis, ferner auf die rechtlichen Rahmenbedingungen sowie Entscheidungskriterien der Verwaltung eingegangen werden und die Behandlung traumatisierter Flüchtlinge in diesem Zusammenhang besonders dargestellt werden.

Programm

- 10.00 Begrüßung
Böhme
- 10.05 Amtsärztliche Begutachtung nach dem neuen ÖGDG – aktueller Stand der Umsetzung
Fr. Schmidts
- 10.45 Behandlung traumatisierter Flüchtlinge und amtsärztliche Stellungnahmen in Abschiebungsverfahren
Hr. Prof. Kaiser
- 12.15 Mittagspause
- 12.45 Update Hepatitis B(?) und C – Erkrankung, Verlauf und aktuelle Therapieempfehlungen
Hr. Dr. Heubach
Anschließend kurze Kaffeepause
- 14.00 Gutachten zur Reisefähigkeit bzw. medizinisch notwendiger Voraussetzungen in Abschiebungsverfahren – rechtliche Gesichtspunkte, Entscheidungskriterien der Verwaltung
Hr. Rieker
- 14.45 Amtsärztliche Begutachtungen im Rahmen von Abschiebungsverfahren: Eine kurze Einführung und Beispiele aus der Begutachtungspraxis.
Fr. Dr. Golsabahi-Broclawski
- 15.30 Abschlussdiskussion
Böhme

Referenten

Kirsten Schmidts

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg
Referat 53 (Öffentlicher Gesundheitsdienst, Gesundheitsschutz)
Schellingstr. 15; D-70174 Stuttgart

Prof. Dr. med. Dr. phil. Peter Kaiser

Chefarzt
Klinikum Schloß Winnenden
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Ost
Weißensteiner Str. 33; D-73525 Schwäbisch Gmünd zur Zeit
Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg
Referat 55 (Psychiatrie)
Schellingstr. 15; D-70174 Stuttgart

Dr. med. Tobias Heubach

Gastroenterologische Schwerpunktpraxis
Künzig & Heubach
Weingärtner Vorstadt 56
D-71332 Waiblingen

Christian Rieker

Regierungsrat
Regierungspräsidium Stuttgart
Referat 15 (Eingliederung, Ausländerrecht)
Ruppmanstraße 21; 70565 Stuttgart

Dr. med. Solmaz Golsabahi-Broclawski

Medizinisches Institut für transkulturelle Kompetenz
und
Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf
Kanzlerstraße 4; 40472 Düsseldorf

[Die Zertifizierung der Fortbildungsveranstaltung wurde bei der Landesärztekammer Baden-Württemberg beantragt.](#)